

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Wirtschaftsausschuss

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 18/4790

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir bedanken uns bei Ihnen für die Anfrage einer Stellungnahme bzgl. des Antrags der FDP „Unternehmensgründungen erleichtern“ und des Änderungsantrages der CDU „Unternehmensgründungen als Grundlage des Wohlstandes von morgen“.

Die Entwicklungsgesellschaft Brunsbüttel mbH (egeb: Wirtschaftsförderung) ist seit 2005 Träger von bundes-, landes- und EU-geförderten Existenzgründungsprojekten. Seit 2008 koordinieren wir das größte schleswig-holsteinische Existenzgründungsprojekt „Startbahn Existenzgründung“ und beraten und begleiten im Rahmen dieses Projektes gemeinsam mit unseren Kooperationspartnern jährlich mehr als 500 junge Unternehmerinnen und Unternehmer. Insgesamt sind durch diese Arbeit seit 2008 mehr als 2.500 Arbeitsplätze entstanden, von denen auch viele Jahre nach dem Start noch rund 90 % auf dem Markt tätig sind (evaluiert durch Ramboll und Steria Mummert Consulting).

Gerne kommen wir Ihrer Anfrage nach und möchten einige aus unserer Sicht wesentlichen Punkte hervorheben:

Zu: „Unternehmensgründungen erleichtern“

1. Bürokratiefreies Jahr:

Sicherlich ist das Thema Bürokratie für Existenzgründer in der Vorbereitungsphase etwas, das möglicherweise abschreckt. In der Tat mag es aufwendig sein, die Anträge und Formalien, die mit einer Existenzgründung verbunden sind, umzusetzen. Ob lediglich die Anmeldung eines Gewerbes ausreichend sein kann, ist jedoch fraglich. In vielen Branchen sind besondere Nachweise zu erbringen, die nicht alleine mit der Anmeldung des Gewerbes erledigt sind. So sind nicht nur in der Gastronomie, sondern auch in vielen anderen Bereichen wie beispielsweise als Taxibetrieb, in erzieherischen Tätigkeiten oder der Immobilienvermarktung entsprechende Qualifikations- und Zuverlässigkeitsnachweise ergänzend zum Gewerbeschein erforderlich. Zudem wären mit der Anmeldung des Gewerbes lediglich die Existenzgründer, die ein Gewerbe betreiben, erfasst, nicht aber die Freiberufler, die ebenfalls einen nicht unerheblichen Anteil an Existenzgründungen ausmachen. Die Freiberufler melden ihre Selbstständigkeit über das zuständige Finanzamt an und erhalten darüber eine entsprechende Steuernummer.

Aus Beratersicht hat das eine oder andere „Bürokratiehindernis“ auch positive Effekte wie zum Beispiel die Erfordernis zur Erstellung eines aussagekräftigen Businessplans. Die Erfahrungen aus der Praxis und auch der KfW-Gründungsmonitor belegen, dass Existenzgründer, die sich vor der Gründung ausführlich vorbereitet haben, seltener scheitern. Ein wesentliches Element zur Vorbereitung ist die Erstellung des Businessplans, in dem die eigene Gründung möglichst realitätsnah geplant wird.

Die Erstellung des eigenen Geschäftskonzeptes ist bisher lediglich verpflichtend, wenn Existenzgründer Fördermittel beantragen, sei es von Banken oder aber auch von der Agentur für Arbeit bzw. dem Jobcenter. Vielmehr sollte der Fokus darauf gesetzt werden, Existenzgründern die Sinnhaftigkeit des Businessplans näherzubringen, und zwar mit der Zielsetzung, nachhaltige Existenzgründungen zu fördern. Die alleinige

Beantragung eines Gewerbescheines signalisiert möglicherweise weniger Bürokratie, fördert aber ggf. auch, dass gerade kleinere Gründungen ohne Geschäftskonzept und Planungen von jetzt auf gleich starten können, was seltener zu nachhaltigen Gründungen führt.

2. und 3. Unternehmertum in den Schulen / Kooperation Schule-Wirtschaft

Dies ist zu begrüßen. Wirtschaftsnahe Themen und Unternehmertum sind zentrale Themen in unserer Gesellschaft und sollten frühzeitig sowohl „theoretisch“ in der Schule, wie auch praxisnah in Kooperationsprojekten (die es teilweise bereits gibt) an Schülerinnen und Schüler vermittelt werden.

4. Wissens- und technologiebasierte Ausgründungen aus Hochschulen

Ausgründungen aus Hochschulen sollten unterstützt werden. Allerdings ist auch hier ein aussagekräftiger Businessplan und eventuell die Begleitung erfahrener Experten anzuraten.

5. „One-Stop-Shop“ - Konzept

Grundsätzlich ist die Idee, nur einen Behördenkontakt für die Existenzgründung zu haben aus Existenzgründersicht zu begrüßen. Inwiefern dies jedoch in der Praxis umsetzbar ist, ist insofern fraglich, als dass Existenzgründungen und die damit verbundenen Themen so vielfältig sind, so dass dies nahezu unmöglich in einem Behördenkontakt zusammenzufassen ist. Vielmehr müsste die Vernetzung untereinander, zwischen den Behörden, aber auch zwischen Behörden und Institutionen gestärkt werden, so dass Existenzgründer von der einen Stelle gezielt an die nächste bzw. dafür zuständige Stelle weitergeleitet werden können.

Ob der Bedarf vorhanden ist, etwaige Anträge zur Existenzgründung auf Englisch zu bearbeiten, ist ggf. zu überprüfen. (Selbst wenn der Bedarf vorhanden ist, stellt sich doch die Frage, ob nicht die deutsche Sprache generell für die Selbstständigkeit erforderlich ist, zum Beispiel im Kundenkontakt.)

6. – 8. Gründerfreundliche Förder-, Steuer- und Finanzpolitik

Dies ist zu begrüßen.

Zu: Änderungsantrag „Unternehmensgründungen als Grundlage des Wohlstandes von morgen“:

1. Europäische Start-up-Definition

Im Rahmen der KMU-Definition sind Start-ups bereits integriert. Um einen verbesserten Zugang zu unterschiedlichen Themen und Förderszenarien eigens für junge Unternehmen zu gewährleisten, ist eine eigene Definition sicher begrüßenswert.

3. Unternehmensgründungen von Migranten/ Qualifikationsoffensive

Eine der Hauptbarrieren bei der Unternehmensgründung von Migranten ist oftmals die Sprachbarriere. Selbst für Migranten, die schon lang in Deutschland leben und mit ihren Deutschkenntnissen für den täglichen Sprachgebrauch auskommen, stellen die vielen neuen Fachbegriffe, die mit einer Existenzgründung verbunden sind, eine Barriere dar. Ergänzend kommt hinzu, dass Migranten den Behörden gegenüber eher skeptisch eingestellt sind. Es stellt sich die Frage, was genau mit einer gezielten Qualifizierungsoffensive gemeint ist.

Für etwaige „allgemeine Sprachkurse“ sind die Sprachkenntnisse der Migranten meist zu weit fortgeschritten. Zudem sind Sprachkurse allgemein ausgerichtet und orientieren sich selten am Thema Existenzgrün-

dung / Unternehmensführung und den damit verbundenen Fachbegriffen, die aus den Bereichen der Betriebswirtschaft oder des Steuerrechts kommen. Geht es bei der Qualifizierungsoffensive um eine kaufmännische Qualifizierung, werden über das Landesprogramm Arbeit mit den A3 Existenzgründungsprojekten kaufmännische Qualifikationen für Menschen aus der Nichterwerbstätigkeit in der Vorgründungsphase angeboten, und das sogar kostenfrei (siehe http://www.schleswig-holstein.de/DE/Fachinhalte/A/arbeit/landesprogramm_arbeit.html ; <http://www.schleswig-holstein.de/DE/Fachinhalte/A/arbeit/A3.html;jsessionid=B71894523BCEAFD63BD394EA6F78A36A>).

Ein gezieltes Angebot für Menschen mit Migrationshintergrund gab es im Rahmen des Projektes Startbahn: Existenzgründung in einem 33-monatigen Pilotprojekt, das sich gezielt an Menschen mit Migrationshintergrund richtete. Die Projektleiterin bzw. Beraterin hatte selbst einen Migrationshintergrund und begleitete die angehenden Existenzgründer auf dem Weg in die Selbstständigkeit in deutscher Sprache. Die Erfahrung aus diesem Projekt zeigt, dass die Beratung und Begleitung dieser Zielgruppe sehr zeit- und arbeitsintensiv ist und durch die bereits angesprochene Sprachbarriere im Bereich der Fachbegriffe dies oftmals zu Verständnisproblemen führt. Zudem wurde die Beratungsleistung vermehrt im städtischen als im ländlichen Raum nachgefragt. Der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund lag in der Projektlaufzeit bei ca. 7 %. Das Pilotprojekt für Menschen mit Migrationshintergrund wurde mit Beginn der neuen Förderperiode des Landesprogramm Arbeit nicht fortgeführt. Migranten können sich allerdings, wie alle Existenzgründer, die nichtwerbestätig sind, über die fünf in Schleswig-Holstein geförderten Existenzgründungsprojekte beraten und qualifizieren lassen. Zudem stehen allen potentiellen Existenzgründern die Wirtschaftsförderer, sowie die Kammern und die Gründerzentren mit Beratungsleistung rund um das Thema Existenzgründung zur Verfügung.

4. Vernetzung

Eine starke Vernetzung ist für Existenzgründer/innen von zentraler Bedeutung und unternehmerische Aufgabe. Die bestehenden Möglichkeiten der Vernetzung zwischen Start-ups, Hochschulen und Unternehmen ist bereits heute im Rahmen zahlreicher Projekte möglich. Die Informationen darüber, welche Möglichkeiten für junge Unternehmen bestehen, könnte verbessert werden, aber aktiv werden müssen die Unternehmer/innen selbst.

5. Verfahrensvereinfachung und –verkürzung

siehe oben

6. Breitbandausbau

Eine sehr gut ausgebaute Infrastruktur, die auch die IT-Infrastruktur beinhaltet, ist von zentraler Bedeutung für die gesamte wirtschaftliche Entwicklung einer Region. Insofern ist das Thema Breitbandausbau nicht nur für Start-ups zu fordern, sondern für die gesamte Wirtschaft ein zentraler Baustein erfolgreicher Entwicklung. Im ländlichen Raum ist ein rascher Ausbau notwendig.

7. Wagnis- und Beteiligungskapital

Dies ist zu begrüßen.

Mit freundlichen Grüßen
Entwicklungsgesellschaft Brunsbüttel mbH
Geschäftsführung

Martina Hummel-Manzau
Dipl. Volkswirtin, Wirtschaftsjuristin LL.M.